

Integration von Ausländern als ein Miteinander von Anfang an

Tagung der Aktion Gemeinsinn vom 6. – 7. 10. 2006 in Gelnhausen

Zusammenfassung des Vortrags von Professorin Barbara John, Berlin

Grundvoraussetzung für die Integration von Migrantenkindern und die Bereitschaft der Familien, diesen Prozess aktiv zu begleiten, sind **Teilhabe und bessere Chancen in der Bildung.**

Großstädte sind weltweit prägend für die Migration, schon seit der Antike. Das wird sich auch noch steigern. Dass Zuwanderer dorthin ziehen, wo sie auch schon Menschen aus ihren Heimatländern vorfinden, ist verständlich. Das Zusammenwohnen erfüllt eine Schutzfunktion. Es ist schädlich, wenn bestimmte Quartiere, auch und gerade in Berlin, abgestempelt werden als Ballungsräume von Parallelgesellschaften. Es gibt dort natürlich Probleme. Aber wir haben keine Ghetto-Situation. Oft wird aus aktuellem Anlass Stimmung gegen diese Wohnviertel gemacht, ohne die Probleme zu lindern.

Wir müssen mit dem hohen Migrantenanteil in manchen Gebieten umzugehen lernen. Richtig ist, dass Kinder, die in der Familie nicht deutsch gelernt haben, praktisch ohne Sprachkenntnisse mit 5,6 Jahren in die Schule kommen. Sie besser auf die gesamte Stadt zu verteilen, etwa durch ein „Busing“-System nach amerikanischem Muster, funktioniert nicht.

Einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz hat man in Berlin nur dann, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Viele Migranten sind aber arbeitslos! Hinzu kommt: **Kindergärtnerinnen müssten schon in der Grundausbildung lernen, die Probleme mit Sprechdefiziten besser zu bewältigen. Das heißt: die Qualifizierung der Qualifizierer verbessern!** Im übrigen gibt es auch eine „frühe Sprachlosigkeit“ bei deutschen Kindern, weil die Kommunikationsfähigkeit nicht ausreichend eingeübt wird. Auch die **Elternschulung muss deshalb verbessert bzw. intensiviert werden.** „Speak to me“ steht zum Beispiel auf den Schirmmützen der Kinder in Kanada.

Die Wohnungsunternehmen sind daran interessiert, integriertes Wohnen (also das Zusammenrücken deutscher und ausländischer Nachbarn) zu fördern. Angestrebt wird, das Wohngebiet als einen „Integrationskern“ zu sehen und zu fördern. Nötig dafür sind „Magnetorte“ (Zentren, Kinderhorte, Elterntreffs usw.) Migrantinnenmütter werden zu selten angesprochen.

Die Bildungseinrichtungen müssen Grundkenntnisse vermitteln. Sie sind letztendlich die Verantwortlichen.